

*Engelbrecht, Sebastian: Kirchenleitung in der DDR. Eine Studie zur politischen Kommunikation in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens 1971–1989 (= Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte 6), Leipzig (Evangelische Verlagsanstalt) 2000, 381 S., geb., ISBN 3-374-01798-3.*

Anfang der 1990er Jahre spaltete die protestantische Öffentlichkeit eine heftige Debatte über die Frage: War die kirchliche DDR-Vergangenheit eine Geschichte der Anpassung oder der Opposition? Der Streit hat sich inzwischen gelegt, Fragen und Antworten wurden differenzierter.

Zurück blieb aber in kirchlichen Kreisen Ostdeutschlands ein mitunter stark ausgeprägtes Misstrauen gegenüber westdeutschen Zeithistorikern. Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass der Autor der Studie über kirchenleitendes Handeln in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens während der 70er und 80er Jahre sich unter einem gewissen Rechtfertigungszwang sieht. So verspricht der Klappentext, E. versuche, „mit fairen Mitteln Geschichte nachzuzeichnen“, und im Vorwort bemüht sich der Autor nachzuweisen, dass er trotz seiner Westberliner Herkunft und damit als „Outsider“ über die jüngste Geschichte der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens schreiben könne. Er kann es, so läßt sich nach der Lektüre sagen, denn er hielt sich an die Regeln wissenschaftlichen Arbeitens – die einzigen Kriterien, die bei einer wissenschaftlichen Monographie zählen sollten.

Die bei der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig eingereichte Dissertation untersucht am Beispiel der mitgliederstärksten Landeskirche die Qualität kirchenleitenden Handelns unter den spezifischen Bedingungen der DDR. Im Besonderen interessiert sich E. für die kirchliche Kommunikationsfähigkeit in politischen Fragen. Denn dort war die Spannung zwischen staatlichem Druck und den Erwartungen von Kirchenmitgliedern an die kirchenleitenden Instanzen nach alternativem Handeln und demokratisch-partizipatorischen Formen der Kommunikation am größten. E.s Untersuchung basiert vornehmlich auf Quellen aus dem Landeskirchenarchiv des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes Sachsens, die ihm unter Verzicht auf die Einhaltung der Akten-Verschlussfrist in begrenztem Umfang zugänglich gemacht wurden. Ergänzend sichtete er Quellenmaterial im „Archiv Bürgerbewegung e.V.“ in Leipzig sowie Akten in staatlichen Archiven und führte mehrere Zeitzeugengespräche. Die Fokussierung auf Quellen kirchlicher Provenienz ist angesichts des Erkenntnisinter-

esses des Autors richtig. Dennoch hätte E. auf Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes bei der Bundesbeauftragten nicht gänzlich verzichten sollen. Denn am Rande geht er in seiner Darstellung ja doch auf den Einfluss des MfS auf die kircheninternen Kommunikationsprozesse ein. Die Durchsicht der Akten bei der Bundesbeauftragten hätten hier genauere Aufschlüsse geben können über die Wege und den Erfolg solcher Einflussnahme. Durch das bewusste Ignorieren der Quellen geheimpolizeilicher Provenienz aber bleibt beim Leser ein gewisses Unbehagen zurück.

E. interessiert die Spannung zwischen theologischem Ideal und kirchlicher Realität und so schickt er seinen historischen Praxisbeispielen eine theologische und soziologische Orientierung über kirchenleitendes Handeln in der „Kommunikationsgemeinschaft Kirche“ voraus. Als ideal beschreibt er eine Kirchenleitung, die im Netzwerk der episkopalen, presbyterialen und kongregationalen Leitungsform funktioniert. In einem weiteren hinführenden Kapitel charakterisiert der Autor das theologische Selbstverständnis der kirchenleitend Handelnden im Hinblick auf die politische Verantwortung der Kirche. Dabei geht er besonders auf die Theorie von Landesbischof Johannes Hempel über das „begrenzte politische Mandat der Kirche“ ein. Als weiteren Bedingungsfaktor kirchenleitenden Handelns beleuchtet er dessen kirchliche und außerkirchliche Rahmenbedingungen. Er zeigt auf, dass die innerkirchlichen Handlungsspielräume durch die Kräfteverteilung in den landeskirchlichen Leitungsgremien begrenzt, durch die theologischen und juristischen Reformen der 1960er und 1970er Jahre neu geklärt, von kirchlichen Gruppen mitbestimmt und durch die Mittel der innerkirchlichen Information und Kommunikation teils mehr teils weniger nachvollziehbar gemacht wurden. Das entscheidende Element für die Begrenzung oder Öffnung politischer Handlungsspielräume durch außerkirchliche Faktoren waren die Gespräche zwischen Kirchenvertretern und staatlichen Stellen. Im Hauptkapitel der Studie behandelt E. fünf Fallbeispiele aus den Jahren 1971 bis 1989, die in je spezifischer Weise die Problematik kirchenleitenden Handelns in politischen Konfliktfällen veranschaulichen. Am Beispiel der Auseinandersetzung um das Verhältnis von Jugendweihe und Konfirmation werden plebiszitäre Formen gemeindlicher Teilhabe an synodalen Entscheidungsprozessen dargestellt. Hier waren es die Gemeinden, die 1976 mehrheitlich gegen die Kirchenzucht vo-

tierten. Im Abschnitt über die sächsischen Reaktionen auf den Vortrag Hans Joachim Fränkels am 8. November 1973 in der Dresdner Annenkirche, in dem der Görlitzer Bischof die Kirche zu kritischer Stellungnahme zu politischen Fragen aufgefordert hatte, wird gezeigt, wie staatliche Repression und innerkirchliche Selbstdisziplinierung die Herstellung der unzensierten Öffentlichkeit einer kirchlichen Veranstaltung verhinderten. Als drittes Fallbeispiel wählte E. den Konflikt um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ in den Jahren 1981 / 82, der in Sachen seine Wurzeln hatte und mit besonderer Intensität geführt wurde. Landesbischof Hempel und der Landeskirchenamtpräsident Kurt Domsch waren dabei zunächst die kirchenamtlichen Motoren, später angesichts staatlicher Androhung von Konsequenzen die Bremser der Aufnäher-Aktion. Die eigentlichen Träger der kirchlichen Initiative, die Jugendlichen, wurden so zu bloßen Objekten staatlicher und kirchlicher Entscheidungen, was ihr Vertrauen in die kirchliche Demokratie erschütterte. Am Beispiel des Friedensforums in der Dresdner Kreuzkirche am 13. Februar 1982 zeigt der Autor, wie die kirchlichen Leitungsinstanzen den Spagat zwischen der kirchennahen Friedensbewegung und den Interessen der staatlichen Verhandlungspartner versuchten. Aus dem kirchlichen Selbstverständnis heraus, Schutzinstanz für eine pazifistisch orientierte junge Generation zu sein, fand die „Verkirchlichung“ und Mäßigung einer zunächst institutionsfrei gedachten Friedensinitiative statt. Da sich das kirchliche Schutzinteresse mit dem Sicherheits- und Ordnungsinteresse des Staates traf, kam es dabei zu einem „agreement ohne-gleichen“ zwischen Staat, Partei und Kirche (314). Dennoch bot das Friedensforum zu Beginn der 80er Jahre die seltene Möglichkeit zu Information und Dialog zwischen kirchlicher „Spitze“ und „Basis“. Als fünftes Fallbeispiel beschreibt E. die Entstehung der alternativen innerkirchlichen Kommunikationskultur in den 80er Jahren. Er beleuchtet die Aktivitäten des Pfarrers Christoph Wonneberger, die Friedensgebete in Leipzig sowie Untergrundpublikationen, die auf kirchlichen Vielfältigungsapparaten hergestellt wurden. Ermöglicht und gesichert wurde diese alternative Öffentlichkeitsarbeit durch die Einbindung in kirchliche Organisationsformen und Räume sowie durch

die kirchliche Verteidigung in Gesprächen mit Staatsvertretern. Kirchenleitende Instanzen beteiligten sich indes auch an deren Reglementierung und Einschränkung.

Am Ende des Buches zieht E. anhand seiner theologischen Ausgangsposition ein Resümee. Er erkennt in der realen Kommunikationsgemeinschaft der sächsischen Landeskirche Elemente und Ansätze von kirchenleitendem Handeln einer idealen Kommunikationsgemeinschaft: Dazu gehört die synodale Leitungsform, die unter dem Synodalpräsidenten Johannes Cieslak eine Aufwertung erfuhr. Das durch Hempel repräsentierte episkopale Element der Kirchenleitung stand für die Verwirklichung von Mündigkeit und Partizipation. Die Initiativen kirchlicher bzw. unter dem Dach der Kirche agierender Gruppen sowie Gemeinden bildeten zunehmend ein kommunikatives Element der Kirchenleitung aus. Landesbischof, Landeskirchenamt, Kirchenleitung und Landessynode trugen die Initiativen der „Basis“ mit bzw. tolerierten sie zumindest weitgehend. Insgesamt schränkten aber alle vier in der Verfassung legitimierte Leitungsinstanzen aus verschiedenen Gründen und auf unterschiedliche Weise die Partizipation der „Basis“ und die Öffentlichkeit des Leitungshandelns auch ein. Das kirchenleitende Handeln im Gegenüber zum Staat charakterisiert E. als ambivalent. So mutig das Vorgehen der offiziellen Leitungsorgane auch gewesen sei, die „Erfolge waren keine Triumphe widerständiger Heroen, vielmehr die Ergebnisse einer Diplomatie der kleinen Schritte, zumeist erkauft durch Zugeständnisse oder zumindest von ihnen begleitet“. Auch bleibt für den Autor die Frage offen, warum die Kirchenvertreter Mitte der 80er Jahre, als ihr Handlungsspielraum wuchs, ihre gestärkte Position nicht durch ein offensiveres Auftreten gegenüber den staatlichen Stellen und den aktiven Ausbau einer politisch wirksamen innerkirchlichen Kommunikationskultur nutzten. Bei aller berechtigten Kritik honoriert E. jedoch am Ende auch die Leistung der Kirchenleitung: Sie ermöglichte angesichts einer politisch homogenisierten Gesellschaft und zensierten öffentlichen Kommunikation in der DDR einen freien Diskurs ihrer Glieder, an dem auch Nichtmitglieder teilnehmen konnten.

München

Claudia Lepp